

110-4/104

~~_____~~
ARCHIVNI A STUDIJNI ODBOR
Dostlo 110-4/104
Čj. _____
Prilohy *lechi 34*

2008. 25. 2. 2008

64

Krab. 225.

ST M

- IV. D - 3 / 42.
- IV. D - 33¹ / 42
- IV. D - 33⁸ / 42.
- IV. D - 34 / 42.
- IV. D - 40 / 42.

Betr.: Anfrage, vom 26. Februar 1944, warum Professor Gesemann in den Ruhestand versetzt ist.



An

SS-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k

mit folgendem Bericht vorgelegt:

Professor Dr. Gesemann ist schwer herzleidend, ein Absinken der Herzkraft macht sich bei ihm bemerkbar, er ist nicht mehr dienstfähig. Eine Abschrift des Zeugnisses, das Professor Schmidt über den Gesundheitszustand des Professor Gesemann ausgestellt hat, füge ich bei. Prof. Gesemann hat, dem Rat seines Arztes folgend, seine Versetzung in den Ruhestand beantragt-

li. a. d.

h.

28081



Handwritten signature

21. 4. 44.

Handwritten mark

A b s c h r i f t .

Zeugnis.

2

Herr Universitätsprofessor Dr. Gerhard Gesemann steht seit Jahren in meiner Behandlung. Er leidet an einer schweren Erkrankung der Aortaklappen mit Insuffizienz derselben und Verengerung des Eingangs in die Hauptschlagader. /Insuffizientia valvularum aorae et Stenosis ostii aertae./ Es besteht ausserdem, wie durch zahlreiche Röntgenbefunde bestätigt wurde, eine Erweiterung des Anfangsteiles der Hauptschlagader und ebenso eine Erweiterung des Herzens. Die schwere Herzerkrankung besteht seit vielen Jahren und ist wahrscheinlich im Anschluss an eine Fleckfiebererkrankung entstanden. Ausserdem besteht ein chronischer Darmkatarrh, der oft zu schwächenden Durchfällen führt, wobei derzeit, die Unmöglichkeit einer entsprechenden Diätkur ein erschwerender Umstand ist. Bei einer Körperlänge vom 1m85 cm ist das Körpergewicht auf 68 kg. abgesunken und dementsprechend der Kräftezustand ein geringer. Wenn trotz der schweren Herzerkrankung Herr Professor Gesemann seinen vielfachen dienstlichen Obliegenheiten bisher nachgekommen ist, so war dies gewiss nur möglich unter Aufbietung besonderer Willenskraft. Es machen sich aber nunmehr Anzeichen geltend, welche auf ein Absinken der Herzkraft hinweisen. So besteht Druckgefühl in der Herzgegend besonders bei körperlicher Anstrengung. Ausstrahlungen in den linken Arm, also Symptome, wie sie lebensbedrohlichen Anfällen von Angina pectoris vorauszugehen pflegen. Da ein halbjähriger Erholungsurlaub trotz voller körperlicher und geistiger Schonung keinen Erfolg brachte, sehe ich mich veranlasst, Herrn Professor Gesemann den dringenden Rat zu geben, um seine Versetzung in den Ruhestand anzusuchen.

Prag, den 8. September 1943

gez: Professor Schmidt
em. Vorstand der I. Medizin. Klinik

DER REKTOR
DER DEUTSCHEN KARLS-UNIVERSITÄT
IN PRAG.

PRAG I,
MOZARTPLATZ 2
FERNSPR. 64300

13.5.1943

3

An den
höheren SS- und Polizeiführer
SS-Gruppenführer
Herrn Staatssekretär
Karl Hermann Frank
Prag

13.5.1943
Eing.: 14. MAI 1943

Betr.: Professor Gesemann
Schreiben vom 24.4.1943

Professor Gesemann hat seit dem Jahre
1924 nachstehenden Urlaub erhalten:

1. - 30. Juni 1924 Studienurlaub
15. Oktober - 15. Dezember 1926 Studienurlaub
- Mai 1930 - 4 Wochen Urlaub zum ethnographischen Kongress in
Belgrad
1. März - 30. Juni 1931 Studienurlaub
1. Mai bis Ende des Studienjahres 1933 Urlaub nach Königsberg
als Austauschprofessor
15. - 30. Oktober 1935 Studienurlaub nach Jugoslawien
1. - 30. November 1937 Studienurlaub nach Jugoslawien
25. Oktober 1939 bis November 1941 beurlaubt nach Belgrad
zur Leitung des deutschen Kulturinstituts
- 20.2. - 20.3.1942 Dienstreise nach Belgrad

IV 9-3c/42

1a

3

12.2.1943

PRAG I.
MOLITAIK 2
RECHTE 0400

DER REKTOR
DER DEUTSCHEN KARLS-UNIVERSITÄT
IN PRAG.

[Handwritten red scribbles]

Ausserdem war Professor Gesemann während des Wintersemesters 1936 auf 37 aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt. Sein gegenwärtiger Krankheitsurlaub lautet von März bis August, er wurde vom Herrn Reichserziehungsminister bewilligt auf Grund eines ärztlichen Attestes des emeritierten Vorstandes der 1. Med. Klinik, Professor Schmidt. Abschrift dieses Zeugnisses ist beigelegt.

Engl. 14. Mai 1943
12.2.1943

Nach diesem ärztlichen Befund kann wohl die Berechtigung zur Beurlaubung auch unter den gegenwärtig verschärften Bestimmungen nicht verneint werden.

[Handwritten signature]

18533



[Faint blue stamp]

Abschrift

Prag, den 10. Februar 1943

Z e u g n i s

Herr Universitätsprofessor Dr. Gerhard Gesemann steht seit Jahren in meiner Behandlung. Er leidet an einer schweren Erkrankung der Aortenklappen mit Insuffizienz derselben und Verengerung des Einganges in die Hauptschlagader. (Insuffizientia valvularum aortae et Stenosis ostii aertae)

Es besteht ausserdem, wie durch zahlreiche Röntgenbefunde bestätigt wurde, eine Erweiterung des Anfangsteiles der Hauptschlagader und ebenso eine Erweiterung des Herzens. Die schwere Herzerkrankung besteht seit vielen Jahren und ist wahrscheinlich im Anschluss an eine Fleckfiebererkrankung entstanden. Ausserdem besteht ein chronischer Darmkatarrh, der oft zu schwächenden Durchfällen führt, wobei die Unmöglichkeit einer entsprechenden Diätkur ein erschwerender Umstand ist. Bei einer Körperlänge von 1m 85 cm ist das Körpergewicht auf 63 kg abgesunken und dementsprechend der Kräftezustand ein geringer. Wenn trotz der schweren Herzerkrankung Herr Professor Gesemann seinen vielfachen dienstlichen Obliegenheiten bisher nachgekommen ist, so war dies gewiss nur möglich unter Aufbietung besonderer Willenskraft. Es machen sich aber nunmehr Anzeichen geltend, welche auf ein Absinken der Herzkraft hinweisen. Es besteht die Gefahr lebensbedrohlicher Anfälle von Angina pectoris. Ich empfehle daher Herrn Professor Gesemann dringendst, um einen halbjährigen Krankheitsurlaub anzusuchen, der die unbedingt erforderliche körperliche und geistige Ruhe und die Durchführung einer entsprechenden Kur ermöglichen sollen.

Prof. Dr. gez.
em. Vorstand der I. Med. Klinik

24. IV. 1943

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Standartenführer Dr. Buntru.

Ich höre, daß Professor Dr. Gesemann bis zum August d. Js. beurlaubt ist. Da Dr. Gesemann vom Beginn seiner Prager akademischen Tätigkeit an öfters schon beurlaubt war, bitte ich, folgendes festzustellen:

1. Wie oft wurde Gesemann seit Beginn seiner Prager Tätigkeit beurlaubt? Bei der Beurteilung der Gründe ist gegebenenfalls mit seinen Fachkollegen in der Ihnen geeignet erscheinenden Form Fühlung zu nehmen.
2. Ist die jetzige Beurlaubung unter den verschärften Bestimmungen, die für das vierte Kriegsjahr gelten, als gerechtfertigt anzusehen? Liegt ein ärztlicher Antrag vor, der ein zeitweiliges Ausschalten von Gesemann aus der Hochschularbeit notwendig macht?

18681

R



2.) Wv. am 3.5.1943 bei mir.

Wiedervorgelegt am 3.5.43

Persönlich vertraulich !

Herrn

7

Staatsminister Dr. Frank

Prag.

8

ZENTRALVERBAND DER INDUSTRIE
FÜR BÖHMEN UND MÄHREN

Prag, den 17. August 1944.

DER PRÄSIDENT

Ministeramt
18. AUG. 1944

An den
Herrn Deutschen Staatsminister
für Böhmen und Mähren
H-Obergruppenführer K.H. Frank,
Prag IV.,
Czerninpalais.

for [unclear]

Das [unclear]

[unclear]

Sehr geehrter Herr Staatsminister !

Beiliegend reiche ich das von Herrn Pleiger
übersandte Protokoll zurück, nachdem Herr Staatsrat Meinberg
in der letzt. Besprechung zugesagt hat, ein neues Protokoll
unter Fortfall der für Herrn Kuchinka diskriminierenden Stellen
aufzusetzen.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener

[Signature]

/ Dr. Adolf /

Anlage.

das [unclear]

1. 8. 44.

St. M. IV M-63 Ah/44

Am Donnerstag, den 13. 7. 1944, um 17 Uhr fand im Staatsministerium in Prag eine Besprechung statt zwischen Herrn Staatsminister Frank und Herrn Minister Bertsch einerseits und Herrn Pleiger, Meinberg und Delius von den Hermann-Göring-Werken andererseits. In dieser Besprechung wurden sowohl sachliche als aber auch persönliche Vorwürfe gegen den Generaldirektor Kuchinka seitens der Hermann-Göring-Werke erhoben. Herr Generaldirektor Kuchinka war zu dieser Besprechung ebenfalls durch Herrn Pleiger eingeladen, konnte aber nicht teilnehmen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass zu den schweren Vorwürfen, wie sie die Hermann-Göring-Werke vorbringen mussten, Herr Kuchinka Stellung nehmen müsse. Staatsminister Frank versuchte dann, Herrn K. zu einer Besprechung am Freitag, den 28.7. vormittags um 8 Uhr in seinem Dienstzimmer zu veranlassen. Auch diese Besprechung kam nicht zustande, da infolge einer Störung bei der telefonischen Übermittlung Herr K. nicht erreichbar war. Es fanden dann, nachdem unter Führung von Herrn Pleiger eine Besichtigung der Witkowitz Eisenwerke stattgefunden hatte, 2 Sitzungen statt. An der 1. Sitzung nahmen teil:

Minister Bertsch,
der Rüstungsinspekteur General Hernekamp,
der Rüstungsobmann Präsident Dr. Adolf,
Pleiger,
Meinberg,
Dr. Delius,
Dr. Schmidt,
Generaldirektor Kuchinka.

Das Ergebnis dieser Besprechung war die Erklärung des Herrn Pleiger, die er gemäss seiner Vollmacht aus dem Betriebsführungsvertrag abgab, er werde entweder die in Witkowitz nicht in Betrieb befindlichen Maschinen des Südbaues anderen Betrieben des Konzerns zuführen, wo sie der Rüstung dienstbar gemacht würden, oder aber, er werde aus den Betrieben der Witkowitz Eisenwerke, die lediglich zivile Fertigungen, darunter einen grossen Teil von werkseigenen Lieferungen durchführen, Arbeitskräfte für das Rüstungswerk in Witkowitz umsetzen. Dabei machte Herr Pleiger Herrn K. den Vorwurf, dass er diese Angelegenheit nicht

längst durchgeführt habe. Herr K. erklärte, er habe mit soviel Stellen zu tun, dass die Durchführung einer solchen Massnahme für einen Betriebsführer geradezu unmöglich erscheine. Trotzdem erhob Fleiger wiederum den Vorwurf, dass viele Arbeitsstunden bester Fachkräfte im Witkowitz Eisenwerk mit Arbeiten vergeudet würden, die lediglich der Erhaltung des jüdischen Eigentums, aber nicht der deutschen Rüstungswirtschaft dienen. So führte er im besonderen als Beispiel den Bau einer Gasmaschine an, die Hunderttausende von Arbeitsstunden verbrauche, die lediglich als Reserve gedacht sei und für die noch erst der Hochofen gebaut werden muss. Statt dessen wäre es unbedingt für einen verantwortungsbewussten Betriebsführer notwendig gewesen, jede Arbeitsstunde des Werkes der direkten Rüstung dienstbar zu machen.

Im Anschluss an diese Besprechung fand dann unter dem Vorsitz des Ministers Bertsch als Vertreter des Staatsministers, SS-Obergruppenführers Frank, eine zweite Besprechung statt, die das Gesamtverhalten des Generaldirektors Kuchinka als verantwortlichen Betriebsführer der Witkowitz Eisenwerke zum Gegenstand hatte. An dieser Besprechung nahmen neben dem Leiter, Minister Bertsch,

Fleiger,
Meinberg,
Delius,
Schmidt
sowie Kuchinka

teil. Zu Anfang der Besprechung forderte Fleiger Herrn K. auf, die beiden an den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens geschriebenen Briefe vom 27.6.1944 vorzulegen. Herr K. hatte die Kopien dieser Briefe nicht zur Hand, sondern sie befanden sich in Gewahrsam des vor einer Woche durch Herrn Fleiger beurlaubten Dr. Nowak. Nach einiger Zeit wurden diese Briefe geholt und vorgelegt. Fleiger las dann aus ihnen die Stellen vor, die sich mit dem Verhältnis HGW/Witkowitz Eisenwerke befasste. Es wurde festgestellt, dass K. in der Hauptsache zwei Vorwürfe gegen die HGW erhob:

1. Der Betriebsführungsvertrag zwischen HGW und Witkowitz Eisenwerke sei nicht nur unnötig, sondern auch für die Witkowitz Eisenwerke schädlich. Zu diesem Punkt wurde festgehalten, dass K. den Betriebsführungsvertrag freiwillig und ohne einen Einspruch oder ohne geäußerte Bedenken un-

unterschrieben habe und er gegen diesen Vertrag auch selbst vor 10 Tagen noch in einer langen Unterredung, die Herr Fleiger mit ihm hatte, keine Bedenken geäußert hätte. Diese Feststellung wurde von K. bestätigt.

2. In seinem Schreiben wendet sich K. gegen die Einführung der HGW Stahl-GmbH., die mit dem 1.5.1944 den Verkauf der Erzeugnisse sowie den Rohstoffeinkauf für den gesamten Konzern übernommen habe. Hierzu wurde festgestellt, dass der Vorschlag, für den gesamten Konzern eine Organisation für den Verkauf der Erzeugnisse einzuführen, von K. selbst bis in die Einzelheiten ausgearbeitet worden sei und sowohl die Einladung zu den Besprechungen der leitenden Herren der Tochtergesellschaften der HGW von K. durchgeführt sei, als auch in langen Sitzungen alle Einzelheiten von ihm persönlich begründet und besprochen worden seien. Was den Rohstoffeinkauf angehe, so mußte auch K. zugeben, dass die von ihm aufgestellte Behauptung, die Rohstoffe würden seit 1.5. seitens der HGW eingekauft, unwahr sei. Auf die präzise Frage Pleigers, ob nicht vielmehr die HGW seit 2 Jahren alle Rohstoffe für Witkowitz einkaufen und die Bedürfnisse von Witkowitz auf diesem Gebiet stets voll befriedigt worden seien, konnte K. nur mit ja antworten. Die Frage Pleigers, ob sich aus dieser Einkaufsfrage Schwierigkeiten ergeben hätten, wurde von K. verneint. Kuchinka machte gegen die Einführung des gesamten Ver- und Einkaufs durch die HGW-Stahl geltend, dass die Einführung zu schnell erfolgt sei. Weiter hatte K. in seinem Schreiben bemängelt, dass er die Leitung der Geschäftsstelle HGW Stahl-GmbH. für Witkowitz nicht erhalten habe. Auf die Vorhaltungen, dass nach seinem eigenen Vorschlag die kaufmännischen Leitungen der betreffenden Tochtergesellschaften diese Geschäftsstelle bilden sollten, gab er zu, allerdings diesen Vorschlag gemacht zu haben. Auf die Frage Pleigers, worin die in seinem Schreiben vom 27.6. an den Feindkommissar behauptete Schmälerung der Einkünfte der Witkowitz Gewerkschaft bestehe, konnte K. keine Antwort geben. Auch die Frage, worin die personellen und materiellen Absichten der HGW auf Kosten der Witkowitz Gewerkschaft beständen, konnte von K. nicht beantwortet werden, obwohl er selbst diese Behauptung aufgestellt hatte. Die Frage, wer die von K. behauptete heftige Kampagne gegen die Witkowitz Gewerkschaft und deren Organe in der Absicht, deren Leistungen und Fähigkeiten herabzusetzen, führe, konnte

von K. nicht beantwortet werden. Ebenso konnte er die weitere präzise Frage Pleigers, ihm einen Fall einer solchen Kampagne zu nennen, nicht beantworten. In seinem Schreiben an den Feindkommissar beklagt sich K. darüber, dass durch die unmittelbare Einschaltung des Vorstandsmitgliedes Dr. Schmidt über seinen Kopf hinweg kaufmännische als auch technische Fragen behandelt würden. Auf die Frage des Dr. Schmidt, wo und wann er den Kompetenzen des K. zu nahe getreten sei oder welche Vorgänge ihm ein Recht zu einer solchen falschen Behauptung gäben, sagte K., er habe gehört, Dr. Schmidt habe einen Organisationsplan für die Witkowitz Gewerkschaft aufgestellt. Da Dr. Schmidt erklärte, dass er weder einen solchen Plan aufgestellt habe, noch ihn überhaupt kenne, wurde K. gefragt, wer ihm diese Mitteilung gemacht habe. Eine Antwort auf diese Frage konnte K. nicht geben. K. hatte in dem Schreiben behauptet, ohne seine Kenntnis sei ein Panzerschrank der Kontinentalen Handelsgesellschaft seitens der HGW aufgebrochen worden. Hierzu wurde festgestellt, dass der von K. entlassene Geschäftsführer sich dem von K. eingesetzten Vertreter gegenüber geweigert hatte, diesen Panzerschrank zu öffnen und im Einvernehmen mit dem von K. bestellten Geschäftsführer dieser Schrank bei einer seitens der HGW durchgeführten Revision geöffnet worden war. Er gab dazu die Erklärung ab, er habe zu jener Zeit im Sanatorium gelegen und wisse von den Einzelheiten nichts. Zu der Behauptung des K. in seinem Schreiben, die Witkowitz Gewerkschaft habe ihre gesamten Leistungen bisher mit eigenen personellen und materiellen Kräften hervor gebracht, die HGW hätten hierzu in keiner Weise positiv beigetragen, stellte Pleiger fest, dass diese Behauptung nicht nur tendenziös, sondern geradezu erlogen sei, K. müsse sich schämen, solche erlogenen Behauptungen aufzustellen. An Hand einer Unzahl von Beispielen führte Pleiger aus, welche Vorteile die Witkowitz Gewerkschaft von den HGW gehabt habe. Jedes dieser Beispiele wurde von K. bestätigt. In der unter dem Vorsitz des Ministers Frank stattgefundenen Besprechungen war die Behauptung aufgestellt worden, Dr. Schmidt habe an seinem Dienstzimmer ein Schild mit der Bezeichnung Generaldirektor angebracht und dadurch zu Gerüchten Anlass gegeben, die auf einen Abbau des K. hinwiesen. Hierzu erklärte Dr. Schmidt, erst vor einigen Tagen dieses Schild überhaupt gesehen zu haben und nicht zu wissen, wer dieses Schild gefertigt habe. K. erklärte, dass er selbst auf die Frage eines Angestellten, welche Bezeichnung man an die Tür zu

zu dem Dienstzimmer des Dr. Schmidt anbringen solle, angeordnet habe, Herrn Dr. Schmidt als Generaldirektor zu titulieren. Auf die weitere Frage, wie K. zu all den unwahren Behauptungen in seinem Brief an den Feindkommissar als auch an den Minister Frank komme, gab K. die Erklärung ab, dass diese Briefe von Herrn Nowak geschrieben worden seien, und er sie dann unterschrieben habe.

Auf die Vorhaltungen, er K. habe gar nichts anderes getan, als den Juden ihr Vermögen nicht nur zu erhalten, sondern zu vergrössern, und zwar zu Lasten der deutschen Rüstung, und auf die weitere Vorhaltung, er K. habe ja auch Äusserungen dahingehend gemacht, dass, wenn der Krieg schlecht ausgehen würde, die Guttmanns und Rothschilds ihn nicht nur als kleinen Angestellten, sondern als Generaldirektor pensionieren würden, da sie mit seiner Geschäftsführung zufrieden seien, erklärte K., dass ihm Nowak eine solche Äusserung der Juden aus der Schweiz mitgebracht habe, dass er sie aber nur als Witz weitererzählt habe. Demgegenüber musste ihm vorgehalten werden, dass der Eindruck bei den Herren, denen er die Äusserung weitererzählt habe, ein anderer gewesen sei. Als Zeugen wurden angeführt die Herren Dr. Delius, Rechtsanwalt Möhring und der Generaldirektor Hödl. Auf die Vorhaltungen seitens Fleiger, K. habe entgegen der klaren Anordnung Nowak nicht erlaubt, trotzdem er, Kuchinka, seit einem halben Jahr in allen Unterredungen Fleiger gegenüber erklärt habe, sich von Nowak zu trennen, bestätigte K. die Tatsache dieser Erklärungen, aber er habe sich durch den Ton des Briefes von Fleiger verletzt gefühlt. Auch die Vorhaltungen Fleigers, ihm vor 10 Tagen mündlich seinen Wunsch ausgedrückt zu haben, konnten nur von K. bestätigt werden mit dem Zusatz, er habe ja auch dem Fleiger das Versprechen gegeben, sich von Nowak zu trennen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden

1. Sämtliche von K. gegen die Hermann-Göring-Werke erhobenen Vorwürfe sind unwahr. Nicht ein Vorwurf wurde von K. durch Tatsachenmaterial erhärtet oder auch nur aufrechterhalten.
2. Wenn die Witkowitz Gewerkschaft ihre für die Rüstung vorhandene Kapazität weder mittelbar noch unmittelbar 100%ig einsetzt, so liegt hier die Verantwortung bei K., der die Zügel völlig schleifen liess und sich der grossen Verantwortung als Generaldirektor eines solchen Unternehmens in keiner Weise gewachsen zeigt. Es ist nicht anzunehmen, dass K. eine bewusste Sabotage getrieben hat, obwohl die äusseren Anzeichen einen solchen Verdacht aufkommen liessen.

3
P r o t o k o l l :

Anwesend: Staatsminister \ddot{H} -Obergruppenführer Frank,
Staatsrat \ddot{H} -Gruppenführer Meinberg,
Minister \ddot{H} -Oberführer Dr. Bertsch,
Präsident Dr. Adolf,
zeitweise General Hernekamp.

Im Auftrage von Staatsrat Pleiger erschien heute Staatsrat Meinberg in der Angelegenheit Witkowitz Eisenwerke bei Staatsminister Frank und machte nach Klärung von aufgetretenen Missverständnissen abschliessend folgenden konkreten Vorschlag zur Regelung der Verhältnisse in Witkowitz:

Staatsrat Meinberg erklärt, dass nach Auffassung von Staatsrat Pleiger Witkowitz noch intensiver als bisher für die Rüstungswirtschaft ausgenutzt werden müsse und sieht in seinem Vorschlag dafür die Voraussetzung gegeben. Generaldirektor Kuchinka geht in Pension und soll durch den Hochöfner Vlk in seiner Funktion als Generaldirektor ersetzt werden. Ihm zur Seite steht ein Direktorium aus zwei weiteren leitenden Herren des Werkes. Dr. Guido Schmidt wird zum Feindvermögensverwalter bestellt und wird gleichzeitig Gewerkenvorstand unter Eintragung in das Bergbuch. Dazu versichert Herr Meinberg, dass sich Dr. Guido Schmidt nach Übernahme der Funktionen jedweden Einflusses auf die Führung des Werkes enthalten werde und insbesondere kein Weisungsrecht für sich in Anspruch nehmen könne. Nachdem Herr Meinberg die ausdrückliche Erklärung abgab, dass der Reichsmarschall die Betrauung von Dr. Guido Schmidt mit diesen Funktionen nach nochmaligem Vortrag expressis verbis wünsche, der Reichsführer- \ddot{H} ebenfalls nach Vortrag bei ihm durch Staatsrat Pleiger und Staatsrat Meinberg der Bestellung von Dr. Guido Schmidt in den obengenannten Funktionen zugestimmt habe und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Dr. Kaltenbrunner, seine schwer-

wiegenden Bedenken gegen die Person von Dr. Guido Schmidt über Wunsch des Reichsführers in einer Aussprache zwischen Pleiger und Dr. Kaltenbrunner zurückgezogen habe, erklärte sich Staatsminister Frank mit folgender Regelung einverstanden:

- 1.) Generaldirektor Jng. Kuchinka geht sofort in Pension.
- 2.) Generaldirektor Jng. Kuchinka wird in seiner Funktion als Generaldirektor und Betriebsführer des Unternehmens durch ein dreigliedriges Direktorium, bestehend aus drei leitenden Herren der Witkowitz Eisenwerke, ersetzt. An die Spitze des Direktoriums tritt der von Staatsrat Pleiger vorgeschlagene Hochöfner Vlk mit dem Titel Generaldirektor und Betriebsführer der Witkowitz Eisenwerke. Die beiden weiteren Mitglieder des Direktoriums, die ebenfalls aus den Witkowitz Eisenwerken kommen und von Staatsrat Pleiger vorgeschlagen werden, bedürfen der Zustimmung von Staatsminister Frank.
- 3.) Mit der Funktion des Feindvermögensverwalters (einschliesslich Gewerkenvorstandes) wird Dr. Guido Schmidt betraut. Er hat sich auf diese Funktionen zu beschränken, besitzt kein Weisungsrecht an das Direktorium und hat sich überhaupt jeder Einflussnahme auf die laufende Geschäfts- und Betriebsführung zu enthalten. Hierüber wird von Staatssekretär Dr. Krohn dem Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren eine besondere Bestätigung erteilt und mit Dr. Guido Schmidt der entsprechende Schriftwechsel geführt werden.
- 4.) Der bei den Witkowitz Eisenwerken gebildete Beirat

bleibt bestehen. Vorstand des Beirats wird der Oberlandrat-Inspekteur des Deutschen Staatsministers in Mährisch-Ostrau. Dr. Guido Schmidt hat sich dieses Beirats laufend zu bedienen. Der Beirat wird im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Deutschen Staatsminister, Staatssekretär Dr. Krohn und den Reichswerken Hermann Göring neu zusammengesetzt.

Da der Deutsche Staatsminister auch bei dieser Regelung seine politischen und sachlichen Bedenken aufrecht erhält, wird diese Regelung als eine vorläufige betrachtet. Es wird von der Bewährung der Regelung abhängen, ob aus dem Provisorium ein Definitivum werden kann.

Prag, den 8. August 1944.

Krumm

Weinberg

Löffler

Krohn

Herrnkamp



REICHSWERKE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR BERG- UND HUTTENBETRIEBE

„HERMANN GÖRING“

Ihre Zeichen

Staatsrat Meinberg

Ihre Nachricht vom

Unser Hausruf

269

In der Antwort angeben
Unsere Abt. und Zeichen

Dr.Kr./Ho.

Berlin, den

12. 8. 1944

Betreff

Sehr geehrter Herr Staatsminister,
lieber Parteigenosse Frank!

Unter Bezugnahme auf unsere kürzliche Besprechung übersende ich Ihnen in der Anlage die abgeänderte Aktennotiz. Ich bitte, das Ihnen seinerzeit übermittelte Exemplar hiergegen auszutauschen und zu vernichten.

Mit besten Grüßen und Heil Hitler!

stets Ihr

Hermann Göring Werke, Berlin-Halensee, Albrecht-Achilles-Straße 60-64

Herrn

Staatsminister Frank
Staatsministerium

P r a g

Goering
Dr. Buchner und bitte um Überprüfung

C/1762
100000Fernsprecher
Sammelnummer 97 78 31Drahtwort
Goeringstahl BerlinFernschreiber
011287 GoeringstahlblnBesuchszeit
9-12, 15-17 UhrReichsbank
Preuß. Staatsbank (Seehd.g.)Postscheckkonto
Berlin 178

einmal einlecken
zur Einlecke

10/11. 20. VII. 44

10/11. 8. 44

10/11.

- 1) 10/11. 8. 44
- 2) 10/11. 8. 44

10/11. 8. 44

A k t e n n o t i z
=====

17. 7. 1944

Am Donnerstag, den 15. 7. 1944, um 17 Uhr fand im Staatsministerium in Prag eine Besprechung statt zwischen Herrn Staatsminister Frank und Herrn Minister Bertsch einerseits und Herrn Fleiger, Meinberg und Delius von den Hermann-Göring-Werken andererseits. In dieser Besprechung wurden sowohl sachliche als aber auch persönliche Vorwürfe gegen den Generaldirektor Kuchinka seitens der Hermann-Göring-Werke erhoben. Herr Generaldirektor Kuchinka war zu dieser Besprechung ebenfalls durch Herrn Fleiger eingeladen, konnte aber nicht teilnehmen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass zu den schweren Vorwürfen, wie sie die Hermann-Göring-Werke vorbringen mussten, Herr Kuchinka Stellung nehmen müsse. Staatsminister Frank versuchte dann, Herrn K. zu einer Besprechung am Freitag, den 28.7. vormittags um 8 Uhr in seinem Dienstzimmer zu veranlassen. Auch diese Besprechung kam nicht zustande, da infolge einer Störung bei der telefonischen Übermittlung Herr K. nicht erreichbar war. Es fanden dann, nachdem unter Führung von Herrn Fleiger eine Besichtigung der Witkowitz Eisenwerke stattgefunden hatte, 2 Sitzungen statt. An der 1. Sitzung nahmen teil:

Minister Bertsch,
der Rüstungsinspekteur General Hernekamp,
der Rüstungsobmann Präsident Dr. Adolr,
Fleiger,
Meinberg,
Dr. Delius,
Dr. Schmidt,
Generaldirektor Kuchinka.

Das Ergebnis dieser Besprechung war die Erklärung des Herrn Fleiger, die er gemäss seiner Vollmacht aus dem Betriebsführungsvertrag abgab, er werde entweder die in Witkowitz nicht in Betrieb befindlichen Maschinen des Südbaus anderen Betrieben des Konzerns zuführen, wo sie der Rüstung dienstbar gemacht würden, oder aber, er werde aus den Betrieben der Witkowitz Eisenwerke, die lediglich zivile Fertigungen, darunter einen grossen Teil von werkseigenen Lieferungen durchführen, Arbeitskräfte für das Rüstungswerk in Witkowitz umsetzen. Dabei machte Herr Fleiger Herrn K. den Vorwurf, dass er diese Angelegenheit nicht längst durchgeführt habe. Herr K. erklärte, er habe mit soviel Stellen zu tun, dass die Durchführung einer solchen Mass-

Massnahme für einen Betriebsführer geradezu unmöglich erscheine. Trotzdem erhob Herr Fleiger wiederum den Vorwurf, dass viele Arbeitsstunden bester Fachkräfte im Witkowitz Eisenwerk mit Arbeiten vergeudet würden, die lediglich der Erhaltung des jüdischen Eigentums, aber nicht der deutschen Rüstungswirtschaft dienten. So führte er im besonderen als Beispiel den Bau einer Gasmaschine an, die Hunderttausende von Arbeitsstunden verbräuche, die lediglich als Reserve gedacht sei und für die noch erst der Hochofen gebaut werden muss. Statt dessen wäre es unbedingt für einen verantwortungsbewussten Betriebsführer notwendig gewesen, jede Arbeitsstunde des Werkes der direkten Rüstung dienstbar zu machen.

Im Anschluss an diese Besprechung fand dann unter dem Vorsitz des Ministers Bertsch als Vertreter des Staatsministers, SS-Obergruppenführer Frank, eine zweite Besprechung statt, die das Gesamtverhalten des Generaldirektors Kuchinka als verantwortlichen Betriebsführer der Witkowitz Eisenwerke zum Gegenstand hatte. An dieser Besprechung nahmen neben dem Leiter Minister Bertsch,

Fleiger,
Meinberg,
Delius,
Schmidt,
sowie Kuchinka

teil. Zu Anfang der Besprechung forderte Fleiger Herrn K. auf, die beiden an den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens geschriebenen Briefe vom 27.6.44 vorzulegen. Herr K. hatte die Kopien dieser Briefe nicht zur Hand, sondern sie befanden sich in Gewahrsam des vor einer Woche durch Herrn Fleiger beurlaubten Dr. Nowak. Nach einiger Zeit wurden diese Briefe geholt und vorgelegt. Fleiger las dann aus ihnen die Stellen vor, die sich mit dem Verhältnis HGW/Witkowitz Eisenwerke befasste. Es wurde festgestellt, dass K. in der Hauptsache zwei Vorwürfe gegen die HGW erhob:

1. Der Betriebsführungsvertrag zwischen HGW und Witkowitz Gewerkschaft sei nicht nur unnötig, sondern auch für die Witkowitz Gewerkschaft schädlich. Zu diesem Punkt wurde festgehalten, dass K. den Betriebsführungsvertrag freiwillig und ohne einen Einspruch oder ohne geäußerte Bedenken unterschrieben habe und er gegen diesen Vertrag auch selbst vor 10 Tagen noch in einer langen Unterredung, die Herr Fleiger mit ihm hatte, keine Bedenken geäußert hätte. Diese Feststellung wurde von K. bestätigt.

2. In seinem Schreiben wendet sich K. gegen die Einführung der HGW-Stahl-GmbH, die mit dem 1.5.1944 den Verkauf der Erzeugnisse sowie den Rohstoffeinkauf für den gesamten Konzern übernommen habe. Hierzu wurde festgestellt, dass der Vorschlag, für den gesamten Konzern eine Organisation für den Verkauf der Erzeugnisse einzuführen von K. selbst bis in die Einzelheiten ausgearbeitet worden sei und sowohl die Einladung zu den Besprechungen der leitenden Herren der Tochtergesellschaften der HGW von K. durchgeführt sei, als auch in langen Sitzungen alle Einzelheiten von ihm persönlich begründet und besprochen worden seien. Was den Rohstoffeinkauf angehe, so musste auch K. zugeben, dass die von ihm aufgestellte Behauptung, die Rohstoffe würden seit 1.5. seitens der HGW eingekauft, unwahr sei. Auf die präzise Frage Pleigers, ob nicht vielmehr die HGW seit 2 Jahren alle Rohstoffe für Witkowitz einkaufen und die Bedürfnisse von Witkowitz auf diesem Gebiet stets voll befriedigt worden seien, konnte K. nur mit ja antworten. Die Frage Pleigers, ob sich aus dieser Einkaufsfrage Schwierigkeiten ergeben hätten, wurde von K. verneint. Kuchinka machte gegen die Einführung des gesamten Ver- und Einkaufs durch die HGW-Stahl geltend, dass die Einführung zu schnell erfolgt sei. Weiter hatte K. in seinem Schreiben bemängelt, dass er die Leitung der Geschäftsstelle HGW-Stahl-GmbH. für Witkowitz nicht erhalten habe. Auf die Vormaltungen, dass nach seinem eigenen Vorschlag die kaufmännischen Leitungen der betreffenden Tochtergesellschaften diese Geschäftsstelle bilden sollten, gab er zu, allerdings diesen Vorschlag gemacht zu haben. Auf die Frage Pleigers, worin die in seinem Schreiben vom 27.6. an den Feindkommissar behauptete Schmälerung der Einkünfte der Witkowitz-Gewerkschaft bestehe, konnte K. keine Antwort geben. Auch die Frage, worin die personellen und materiellen Absichten der HGW auf Kosten der Witkowitz-Gewerkschaft beständen, konnte von K. nicht beantwortet werden, obwohl er selbst diese Behauptung aufgestellt hatte. Die Frage, wer die von K. behauptete heftige Kampagne gegen die Witkowitz-Gewerkschaft und deren Organe in der Absicht, deren Leistungen und Fähigkeiten herabzusetzen, führe, konnte von K. nicht beantwortet werden. Ebenso konnte er die weitere präzise Frage

Pleigers, ihm einen Fall einer solchen Kampagne zu nennen, nicht beantworten. In seinem Schreiben an den Feindkommissar beklagt sich K. darüber, dass durch die unmittelbare Einschaltung des Vorstandsmitgliedes Dr. Schmidt über seinen Kopf hinweg kurmännische als auch technische Fragen behandelt würden. Auf die Frage des Dr. Schmidt, wo und wann er den Kompetenzen des K. zu nahe getreten sei oder welche Vorgänge ihm ein Recht zu einer solchen falschen Behauptung gäben, sagte K., er habe gehört, Dr. Schmidt habe einen Organisationsplan für die Witkowitz-Gewerkschaft aufgestellt. Da Dr. Schmidt erklärte, dass er weder einen solchen Plan aufgestellt habe, noch ihn überhaupt kenne, wurde K. gefragt, wer ihm diese Mitteilung gemacht habe. Eine Antwort auf diese Frage konnte K. nicht geben. K. hatte in dem Schreiben behauptet, ohne seine Kenntnis sei ein Panzerschrank der Kontinentalen Handelsgesellschaft seitens der HGW aufgebrochen worden. Hierzu wurde festgestellt, dass der von K. entlassene Geschäftsführer sich dem von K. eingesetzten Vertreter gegenüber geweigert hatte, diesen Panzerschrank zu öffnen und im Einvernehmen mit dem von K. bestellten Geschäftsführer dieser Schrank bei einer seitens der HGW durchgeführten Revision geöffnet worden war. K. gab dazu die Erklärung ab, er habe zu jener Zeit im Sanatorium gelegen und wisse von den Einzelheiten nichts. Zu der Behauptung des K. in seinem Schreiben, die Witkowitz-Gewerkschaft habe ihre gesamten Leistungen bisher mit eigenen personellen und materiellen Kräften hervorgebracht, die HGW hätten hierzu in keiner Weise positiv beigetragen., stellte Pleiger fest, dass diese Behauptung nicht nur tendenziös, sondern geradezu erlogen sei, K. müsse sich schämen, solche erlogenen Behauptungen aufzustellen. An Hand einer Unzahl von Beispielen führte Pleiger aus, welche Vorteile die Witkowitz-Gewerkschaft von den HGW gehabt habe. Jedes dieser Beispiele wurde von K. bestätigt. In der unter dem Vorsitz des Ministers Frank stattgefundenen Besprechung war die Behauptung aufgestellt worden, Dr. Schmidt habe an seinem Dienstzimmer ein Schild mit der Bezeichnung Generaldirektor angebracht und dadurch zu Gerichten Anlass gegeben, die auf einen Abbau K.'s hinwiesen. Hierzu erklärte Dr. Schmidt, erst vor einigen Tagen dieses Schild überhaupt gesehen zu haben und nicht zu wissen, wer dieses Schild gefertigt habe. K. erklärte, dass er selbst auf

Pforstheim 6. 1. 1945.

Sehr geehrter Herr 44 Obergruppen-
führer!

Für die Anteilnahme, die Sie uns
bei dem Heldentod unseres Sohnes
Dr. Gust Reichmann erwiesen und
auch für die ehrende Anerkennung
der von unserem Sohn in Ihrem Bereich
geleisteten Arbeit, sprechen wir

17-1
1170
IV D-33-142

14-1a

Ihnen unsern tief empfundenen
herzlichen Dank aus.

In grossem Schmerz:

Professor M. Reichmann
u. Frau.

21995



Handwritten notes in blue ink, including the date '18. 11. 1945' and a signature.

die Frage eines Angestellten, welche Bezeichnung man an die Tür zu dem Dienstzimmer des Dr. Schmidt anbringen solle, angeordnet habe, Herrn Dr. Schmidt als Generaldirektor zu titulieren. Auf die weitere Frage, wie K. zu all den unwahren Behauptungen in seinem Brief an den Feindkommissar als auch an den Minister Frank komme, gab K. die Erklärung ab, dass diese Briefe von Herrn Nowak geschrieben worden seien, und er sie dann unterschrieben habe.

Auf die Vorhaltungen, er K. habe gar nichts anderes getan, als den Juden ihr Vermögen nicht nur zu erhalten, sondern zu vergrößern, und zwar zu Lasten der deutschen Rüstung, und auf die weitere Vorhaltung, er K. habe ja auch Äusserungen dahingehend gemacht, dass, wenn der Krieg schlecht ausgehen würde, die Guttmanns und Rothschilds ihn nicht nur als kleinen Angestellten, sondern als Generaldirektor pensionieren würden, da sie mit seiner Geschäftsführung zufrieden seien, erklärte K., dass ihm Nowak eine solche Äusserung der Juden aus der Schweiz mitgebracht habe, dass er sie aber nur als Witz weitererzählt habe. Demgegenüber musste ihm vorgehalten werden, dass der Eindruck bei den Herren, denen er die Äusserung weitererzählt habe, ein anderer gewesen sei. Als Zeugen wurden angeführt die Herren Dr. Delius, Rechtsanwalt Möhring und der Generaldirektor Hödl. Auf die Vorhaltungen seitens Fleiger, K. habe entgegen der klaren Anordnung Nowak nicht beurlaubt, trotzdem er, Kuchinka seit einem halben Jahr in allen Unterredungen Fleiger gegenüber erklärt habe, sich von Nowak zu trennen, bestätigt K. die Tatsache dieser Erklärung, aber er habe sich durch den Ton des Briefes von Fleiger verletzt gefühlt. Auch die Vorhaltungen Pleigers, ihm vor 10 Tagen mündlich seinen Wunsch ausgedrückt zu haben, konnten nur von K. bestätigt werden mit dem Zusatz, er habe ja auch dem Fleiger das Versprechen gegeben, sich von Nowak zu trennen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden

Sämtliche von K. gegen die Hermann Göring-Werke erhobenen Vorwürfe sind unwahr. Nicht ein Vorwurf wurde von K. durch Tatsachenmaterial erhärtet oder auch nur aufrechterhalten.

W-Ogruf.

17. Dez. 1944.

Umschreibung an
Herrn Dr. Hofmann

zur Kenntnis.

18. Dez. 1944

1.) An Herrn
Professor Reichmann,
Pforzheim,
Zähringer Allee 21.

Sehr geehrter Herr Professor !

Zu dem harten Verlust, der Sie und die Ihren durch den Tod Ihres Sohnes getroffen hat, übermittle ich Ihnen und Ihrer Gattin aufrichtiges und herzliches Beileid. Ihr Sohn war ein untadeliger Beamter, dessen klare und saubere Haltung ihm allenthalben Sympathien gewinnen ließ. Als W-Führer hat er seinem Eid getreu für Führer und Volk das Beste gegeben, was er hatte, und ist den schönsten Mannestod gestorben. Möge Sie und Ihre vereehrte Familie in schweren Stunden der Gedanke aufrichten, daß Ihr Sohn für den Bestand des Reiches und die Freiheit der Nation gefallen ist. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden !

Heil Hitler !

Ihr

2.)

W 9 - 33 1/4 2

18a

18. XII. 1944
M. 1944

H-Ordn.

2.) Durchschrift an
Herrn Dr. Hofmann

zur Kenntnis.

18. XII. 1944
N. 1.

an Herrn
Professor Reichmann,
Pforzheim,
Säbinger Allee 21.

Sehr geehrter Herr Professor!

zu dem harten Verlust, der Sie und die Ihren durch den
Tod Ihres Sohnes getroffen hat, übermittle ich Ihnen
und Ihrer Gattin aufrichtiges und herzlichste Beileid.
Ihr Sohn war ein untadeliger Beamter, dessen klare und
saubere Haltung im allenthalben Sparten zu gewinnen
ließ. Als Führer hat er seinem Eid getreu für Führer
und Volk das Beste gegeben, was er hatte, und ist den
schönsten Mannestod gestorben. Möge Sie und Ihre vorer-
te Familie in schweren Stunden der Gedanke anrichten,
das Ihr Sohn für den Bestand des Reiches und die Freiheit
der Nation gefallen ist. Sein Andenken wird stets in
Ihren gehalten werden!

3.) Z.d.A.

Herrn Dr. Hofmann



W-Brigadeführer Dr. B e r t s c h

- Nr.V-2911/44 -

Prag, den 15.Dezember 1944.

19

Ministeramt

16. DEZ 1944

An das

M i n i s t e r a m t .

Betr.: Regierungsrat Dr. Ernst Reichmann.

1 Anlage.

Herr Professor Reichmann teilt mir in einem heute hier eingelangten Brief mit, dass sein Sohn, W-Untersturmführer Dr. Reichmann am 27.Oktober 1944 im Osten gefallen ist. Er bittet mich, dem Deutschen Staatsministerium für Böhmen und Mähren hiervon förmliche Mitteilung zu machen. Die Traueranzeige füge ich bei.

50815

[Handwritten signature]



20

Unser lieber Sohn, Bruder, Neffe und Onkel SS-Unter-Sturmführer und
Batteriechef

Dr. Ernst Reichmann

Regierungsrat

Inhaber hoher Auszeichnungen, starb in treuester Pflichterfüllung den
Heldentod in den schweren Kämpfen bei Libau am 27. Oktober 1944.
Geboren am 25. September 1910.

In tiefem Leid: **Professor M. Reichmann und Frau,**
Stabsarzt Dr. Franz Reichmann
z. Zt. Baden-Baden,
und **alle Angehörigen.**

Pforzheim, Zähringer Allee 21
und Prag

Reichmann
44 Unterführerführer
34885 B.

In Feld, 29. Aug. 44.

21

Ministeramt
Eing.: 10. SEP. 1944

Obergruppenführer

Einm. Organg

771 9 44

In den besetzten Stunden im
Vollzug ist es mir ein Augen-
blick, meine Verbundenheit zum
Deutschen Reichministerium in Prag,
als meines früheren zivilen Arbeitsortes
in einem ruhigen Kaufmannsamt
das jetzt offener Fronten Ausdruck
finden. Ich weiß, wie sehr es jetzt
gerade für Sie, dem obersten Führer in Deutschland
des Reichsbereichs in Böhmen u. Mähren
sein wird, die Angelegenheit zu führen. Ich
ist Ihnen darum als Soldat aus vollster
Loyalität die Unterstützung u. Beförderung zu leisten
wenn lassen, das Sie, wo wir 44 Männer
im Grunde mit den gemeinsamen Hoff-
nungen haben, in besetzten Tagen im
Front gefolgt ist u. weiter folgen wird. Ich
setze mich nicht daran, das Sie 44 Freunde
und Bekannte sein lassen werden.

u. 8. 33/44

in den gegebenen Reizen ein unerschütterliches Leben
i. festen Kampfesstandes Element fortsetzen
können, wie ich Sie mir dies erlaubt habe. Mein
Gottvertrauen, ein Kind im ganzen Sinne, besetzt sich jün-
ger Sittenbürger, einigen Norwegen u. Ruß-
lands. Als Tücher finden ich alle sehr einsetzbar
bis zum letzten, in jedem ein Vertrauen u. ein
Zielform, die einem das Herz schon besagen lassen.

Dieses Zutrauen ist u. dieses Erkenntnis magens mich
unerschütterlich im Glauben, daß ich mit dem Feinde
zu gehen vermöge, wenn unsere selige Sache, für
die mich in der Feinde bis auf jeden bis zum letzten
einsetzt, mich zum Siege gelangen würde. Ich selbst
bin dem Feinde dankbar, die Herzen zu diesem
u. das jüngere Leben mit der Waffe um den
Leben zu ringen, der Feinde Kulte boden ist u. die
ich selbst und 1841/42 teilweise zur Verletzung u.
zum Rußland zugehörigen erfüllt.

Nachdem dieses seligen Festsetzung erlaubt ist
mich mich für Ihre Unterstützung zu meinen be-
förderung zu bedanken u. vom Norden die
Lassen schon mit einem Heil auf
unsern Feinde zu streichen
Ihre ergebene
Reichmann



21991

Der Deutsche Staatsminister.

4. August 1944.

(p.d.)

M
4. VIII. 1944

- 1.) An Herrn
Regierungsrat Dr. Reichmann,
P r a g .

Sehr geehrter Kamerad Reichmann !

Zur Beförderung zum W-Untersturmführer übermittle ich Ihnen meine besten Glückwünsche. Möge Ihnen weiterhin Soldatenglück und nach siegreicher Beendigung des Krieges eine glückliche Heimkehr beschieden sein!

Aussenanschrift:

H e i l H i t l e r !

An
W-Untersturmführer Reichmann,
Feldpostnummer: 34885 B.

1944

- 2.) Z.d.A.

IV 8-33¹-h/42

J. F. 20. 5. 44
23!

Ihre verehrte Herr Ministerialrat

37/5. 44.

Heute erhielt ich von freundlichst
Ihrer, die mir so sehr ohne Hoffnung
geb. Hoff auf Ihren gegütlichen Dank. Heute
für eine kleine Mühe in Urlaub, die
ich in Eile diesen Brief mitgeben möchte.
Ich kann das auf diese Weise schreiben.
Ich liegt für mich vor in Zwickau Kopf
dürftig abgebildet. Ich fürchte mit einigem
Zeitverlust eine bessere Tabelle. Eine von
volla etc. auf verdammend verachtenswerthe
Aufgabe. Die für den 2. Hallgötting in Jarre
die Mühe, auf die wir uns gut- und möglich
Nicht vorbereiten. Möglich in Bezug auf die
auf Mangel an Manuskripten. Das Soldat-
für in der Fingergewerbe müssen wir
Freude, genug in vordere Linie stellt
auf in Mühe gibt es jede Nacht.
Mit gegütlichen Grüßen in Acht Hülle

St. M. IV 9-33¹g/42

Sperrungsbefehl

Post IV

Post 44 Kempten, die Post

Herrn Hauptpost



FELDPOST



ABSENDER *W. H. W. Meidemann*

PN. 24885 B.



68612

i. a. d.

L

16. 44

, den 13. Mai 1944.

24

Mit kameradschaftlichen Grüßen aus

Hell

und

Feldpost !

An

W-Standartenoberjunker Dr. Reichmann,
Feldpostnummer 34 885 A.

Lieber Kamerad Reichmann !

Herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 4.4.d.Js. Die Zentralverwaltung ist, wie Sie aus der angeschlossenen Fotokopie ersehen, nicht der Sündenbock, wenngleich ich zugeben muß, daß die Anfrage an Sie mit etwas mehr Takt hätte geschehen können. Zur Sache selbst hat sich der Herr Staatsminister persönlich an den Reichsminister des Innern gewandt, Sie trotz der Tatsache, daß Sie noch ledig sind, wegen Ihrer dienstlichen Bewährung zum Oberregierungsrat zu ernennen. Ich hoffe, daß dieser Schritt Erfolg hat.

Zum Fronteinsatz, um den ich Sie angesichts des Ärgers und der ständig wachsenden Papierflut aufrichtig beneide, wünsche ich Ihnen vom Herzen Soldatenglück, Erfolg und gesunde Heimkehr !

88815



b.v.l.

den 13. Mai 1944.

24a

Mit kameradschaftlichen Grüßen und

Heil Hitler

Ihr

Reichstag I

an

Reichstagsverwaltung Dr. Reichmann,
Reichstagsverwaltung, 1000 A.

lieber Kamerad Reichmann!

Herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 4.4.44. Die
Zentralverwaltung ist, wie Sie aus dem angeschloss-
nen Fotokopie ersieht, nicht der Mühschick, wenn
2.) Zum Vorgang.
gleich ich zugeben muß, daß die Mühschick an Sie mit
etwas mehr Zeit hätte geschehen können. Zur Sache
selbst hat sich der Herr Staatsminister persönlich
an den Reichsminister des Innern gewandt, sie treten
der Tatsache, daß Sie noch ledig sind, wegen Ihrer
diplomatischen Bewährung zum Oberregierungsrat an er-
kennen. Ich hoffe, daß dieser Schritt Erfolg hat.

den Fronturlaub, an den ich Sie angeschlossen den Ar-
beits und der ständige wechselnden Tätigkeit erzieht
die besteht, während ich Ihnen von Herrn Soldaten
glück, Erfolg und Gesundheit!



21988

44 Handattenobjekte
Hr. Ernst Reichmann
IN. 34885 A.

25

Zur Felle, 4. 4. 44.



Handattentäter!

Vertrauen auf Sie mir tiefster und
hoffentlich wahrer ist mir, Ihre
meine Personalangelegenheit zu unter-
suchen. Bei der Zentralverwaltung
ist der Fall Reichmann nach und
zur "Vielvorteil" gekommen zu sein.
In dem Falle liegt mir in einem
äußeren Namen Form die Aufgabe zu lei-
sten, die ich diesem betreiben soll.
Sie, als Handattentäter, können
mir in der Befähigung, in dem ich be-
nutzen in. Möglich ist meine Arbeit
nicht in's Protokoll gesandt zu
sein, ich ist es selbst am besten zu
finden, infolge der besonderen Verhältnisse
noch leicht zu sein in. Möglich ist es
nicht zu finden, das ist
in Ihrer Sache mir vornehmlich

St. M. IV D-331-1/44

Aber für gewöhnliche Dinge war mir Meiner Zeit vor-
 zöhmlich. Ich habe mich auf ein jährliches
 Jahr hindurch bei einer halben Einheit
 im Soldatsein Einsetz, in den nächsten Tagen
 auf den für Artilleristen in der ersten Klasse
 als V. S. für längere Zeit ganz unmittelbar vor den
 Feind. Das Leben ist für mich ein vollstes
 sein für mich bekommen, es soll Erfüllung sein.
 Das, was man als Nationalpolitik immer bezeugt
 u. respektlos, während der Einsetz für Volk u. Vater.

Während meines Platz gedanken bewegen, wird
 mir ein solches Aufgebot von 7. Inf. I. beinahe mächtig
 zu sein. Ich habe die Lust sein, während mein
 Leben leben zu haben u. auf dass ein voller 44 Mann
 zu sein. Das man mich seit zwei Jahren an der Erfül-
 lung eines mir gegebenen Versprechens zu sein
 erlaubt, wird mir immer unerschütterlich.



Kandatenführer, gestatten Sie mir, dass ich mich
 danken Ihnen erlauben in einem kleinen Anbete,
 wo jeder Augenblick die Freude um mich herum
 haben. Ich bitte mich um eine Beförderung, aber ich
 auf mich meine bisherigen Leistungen. Meiner Sohn
 für mich müssen Aufgeben, die ich hoffentlich jetzt als Soldat
 annehmen kann. Meiner Antwort erlaubt es mir
 mich zu begnügen mit der Bitte, für die Kenntnis zu sein
 dass ich an die Fortschreibung werden lassen zu lassen.
 Nicht erlaubt es mir, die als Soldat u. 44 Mann,
 die mit mir sein u. Beförderung zum letzten Schritt,
 mich zu begnügen. Ich bitte Sie um meine Dankbarkeit

Dr. B e r t s c h
- Nr.2145/43 -

Prag, den 4.November 1943.26

An

W-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k.

Heute 11.10 Uhr rief mich Ministerialdirektor Vollert an und fragte mich, weshalb ich nicht zu dem Herrn Reichsprotector käme; dieser erwarte mich seit 11 Uhr zum Vortrag. Ich erwiderte, dass mir von diesem heutigen Vortragstermin nichts bekannt sei. Ministerialdirektor Vollert bat mich daraufhin, sofort zu dem Herrn Reichsprotector zu kommen. Das Ministeramt des Herrn Staatsministers sei unterrichtet.

Dem Herrn Reichsprotector hielt ich in der besprochenen Weise einen Vortrag über den wirtschaftlichen Zustand in der ehemaligen Tschecho-Slowakei und über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Protektorat.

L. G.
einige Tage lang

1/2 20/11/43

L. G.

St. M. IV 2-33⁸/42

Der Abteilungsleiter V

Prag, den 18. Oktober 1944.

Ministeramt
19. OKT. 1944

An
W-Standardartenführer Dr. G i e s .

Betr.: Verwendung des Ministerialrats von Wedelstädt.

Ich rege einen gemeinsamen Vortrag bei dem Herrn Staatsminister
in dieser Angelegenheit an.



Doc. Schmidt

Am besten morgen!

2861
[Handwritten signature]

immer mit stattgef.
21. 10. 44 *Ul.*

IV 9-34/42

721 70 44

446 Z

1

4-Oberführer Dr. B e r t s c h

Prag, den 8. Mai 1944.

Janz

An das
Generalreferat für Zentralverwaltung.

Ministerialrat von Wedelstädt hat mich in einem Brief vom 4. ds. Mts. aus anderem Anlass gebeten, ihm eine Abschrift des 2. Anforderungsschreibens von Präsident Kehrl an 4-Obergruppenführer Staatsminister Frank bezüglich seiner Person zugehen zu lassen. Ich wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie mir diese Abschrift zuleiten wollten.

Janz

Herrn Kehl
Vorgang kann mir bei Ihnen sein.
Herabstellen
10/15 4.11.

*Teile Fotokopie wurde
an d. OGR Dr. Hofmann
übergeben
2. vom Vorgang*

Reichswirtschaftsministerium

Generalreferent Kehrl.
- II L 15561/43 -

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

Berlin W 8, den 22. Oktober 1943.
Behrenstraße 43
Fernsprecher: Ortsdienst: 16 43 51
Ferndienst: 16 41 21

29

Ministeramt
Eing.: 27. OKT. 1943

Herrn
Staatsminister F r a n k

P r a g

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Bei meiner Rückkehr von einer längeren Dienstreise finde ich Ihr Fernschreiben vor, mit dem Sie mir freundlicherweise zusagen, Ministerialrat von W e d e l s t ä d t für den beabsichtigten Einsatz in den Niederlanden freizugeben.

Ich möchte Ihnen für Ihr liebenswürdiges Entgegenkommen meinen verbindlichsten Dank sagen.

Ihrem Wunsche, Ihnen als Ersatz Regierungsdirektor F r e - m e r e y zuzuweisen, will ich gern entsprechen. Wegen des Zeitpunktes seines Dienstantrittes darf ich mich mit Minister Bertsch noch in Verbindung setzen.

Handwritten signature in red ink

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Handwritten signature in black ink

Einige Organe
1. 21. 10. 43.

St. M. IV 9-34 d/42

Eingegangen beim 7. 10. 1943
Hauptabteilung Leiter V. 196. 3/42

St.M. IV D - 34 c/42.

Prag, den 7. Oktober 1943.

30

Sofort auf den Tisch!

=====

G.R. mit 2 Anlagen

Herrn Ministerialdirigenten Bertsch

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis
übersandt.

J.M. IV D - 34 c/42

12881

St. M. IV D - 34 c/42

Dr. jur. WALTER BERTSCH

PRAG XIX, den 5. Oktober 1943
BUBENTSCHERSTRASSE 22

Herrn

leitender Regierungsdirektor
Dr. F r e m e r e y

B e r l i n .

Lieber F r e m e r e y !

Wie Sie meiner persönlichen Referentin, Fräulein Regierungsrätin Dr. Schwarz, gestern am Fernsprecher sagten, habe Präsident Kehrl Ihnen zur Erwägung gegeben, ob Sie anstelle des Ministerialrats von W e d e l s t ä d t nach Prag gehen möchten. Dazu bemerke ich:

Die Frage des Weggangs des Ministerialrats von Wedelstädt von hier ist noch nicht geklärt. Präsident Kehrl legt allerdings auf eine anderweitige wichtige Verwendung Wedelstädts großen Wert, wie er mir vor wenigen Tagen fernmündlich erklärte. Ich habe ihm erwidert, daß ich einen geeigneten Ersatz beanspruchen müßte, falls Herr Staatsminister Frank Wedelstädt freigegeben würde, und habe in diesem Zusammenhang Ihren Namen genannt. Sie haben ja im Laufe der letzten Jahre wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass Sie gerne bei mir arbeiten würden. Zu diesem Wunsch kommt hinzu, dass Sie den böhmisch-mährischen Raum mit seinen Besonderheiten bereits recht gut kennen.

Gestern haben Sie nun darauf hingewiesen, dass Sie sich eine Verwendung in Prag doch noch überlegen müß-

31

Handwritten signature

91a

ten, da Sie zu dem sehr bedeutsamen Planungsamt des Präsidenten Kehrl kommen könnten. Bedenken bereite Ihnen vor allem die Tatsache, dass die Zuständigkeit des Deutschen Staatsministeriums bzw. des von mir geleiteten Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit durch die erweiterte Zuständigkeit des Reichsministers Speer, d.h. der Rüstungsinspektion Prag, eine Einschränkung erfahre. Letzteres ist zweifellos der Fall; in welchem Umfang, dürfte in der Ihnen bekannten Besprechung bei Reichsminister Speer am kommenden Freitag entschieden werden. Immerhin bietet auch künftig die Leitung der Hauptabteilung "W" des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit m.E. eine interessante wenn auch auf einen Raum von 7 1/2 Millionen Menschen begrenzte Aufgabe.

Was die Aufstiegsmöglichkeiten anlangt, so kann Ihnen gar nichts zugesagt werden. Die Frage der endgültigen Gestaltung der hiesigen behördenmäßigen Verhältnisse ist noch völlig offen.

Überlegen Sie sich einmal - allerdings nur vorsorglich - die Sache. Ihre Verwendung hier könnte aber in Frage kommen, wenn Sie vorbehaltlos gerne die Aufgabe in Prag übernehmen würden.

Ob es möglich sein wird, dass wir uns am Freitag in Berlin kurz sprechen, weiß ich nicht.

Mit besten Grüßen und

Heil Hitler!

Jhr (gez.:) Bertsch.

4
dem Vorgang

13853



10. 8/ 10. 45

Handwritten: 118

dtstaatsminprrag tkweokmeekckukkuetuuletetv
r wi min bln 1 16 22 -uhr==
-generalreferent kehrnl

dtstaatsminprrag berlin, den 2.10.1943
r wi min bln 1 16 23 uhr==
generalreferent kehrnl. fsa.nr. 6311/p1
- roem. 2 L 15305/43 -

an den
staatsminister in boehmen und maehren
herren karl hepmann f r a n k ;
p r a g .



sehr geehrter herr staatsminister:

nachdem herr reichsminister s p e r auf grund ihrer
vorstellung sich entschlossen hat, von einem einatz von minister
b e r t s c h als militaerverwaltungsschef in italien abstand
zu nehmen, darf ich xxx heute die dringende bitte an sie richten,
mir ein, rat von w e d e l s t a e d t fuer den einatz in
holland freizugeben.

fuer die beiden dort als vertreter n von minister f
f i s c h b o e c k in der leitung der gewoerblichen wirtschafft
taetigen herrn, die ihrer alhberufung bezw. anderwaertigen einatz
noch in diesem monat entgegensehen, muss ich ganz dringend eine
geeignete persoenlichkeit fuer minister fischboeck benennen, der
ja seinerseits nur immer wenige tage im monat in holland zuwesend
sein kann. da wir gegenwaertig gleichzeitig starke abzuage zur
wehrmacht zum dienst mit der waefe und gleichzeitig anforderungen
des oberkommandos zur neubesetzung der verwaltungsstellen auf
dem balken und in italien haben, bin ich in dieser frage auf
ihre unterstuetzung angewiesen.

ich xxxxx werde mich mit minister bertsch ueber die ab-
stellung einer ersatzkraft anstelle des herrn von wedelstaedt
verstaendigen.
fuer ihre baldige zusage waere ich besonders dankbar.

neil hitler.
gez. hans k e h r l .

dtstaatsminprrag
dt. qsl+
i nr erh
dtstaatsminprrag/ rei +++

St.M. IV D - 34 c/42.

Prag, den 6. September 1943.

R-Prot.Na 5978

20 20

FS:

An Herrn
Präsident Kehrl,
B e r l i n .

Sehr geehrter Herr Präsident !

Auf Ihr Fernschreiben vom 2.10.d.Js. - Zeichen Nummer 8311/pl erwidere ich, daß ich Ministerialrat v.Wedelstätt für den von Ihnen in Vorschlag gebrachten Einsatz in den Niederlanden freigebe. Als Ersatz wäre mir Regierungsdirektor Dr.Fremerey erwünscht. Ich bitte um Mitteilung, ob und zu welchem Zeitpunkt Dr.Fremerey zur Verfügung gestellt werden kann.

H e i l H i t l e r !

gez. Frank.

Zils Fernschreiben	7978
befördert unter Nr.	
am 6/10 um 2:10 Uhr	
R. Wi. Min.	
R-Prot.	L. L.

St.M. IV D - 34 c/42.

Prag, den 6. September 1943.

N
- 6. X. 1943

1.) FS:

An Herrn
Präsident Kehrl,
B e r l i n .

Sehr geehrter Herr Präsident !

Auf Ihr Fernschreiben vom 2.10.d.Js. - Zeichen Nummer 8311/pl erwidere ich, daß ich Ministerialrat v.Wedelstädt für den von Ihnen in Vorschlag gebrachten Einsatz in den Niederlanden freigebe. Als Ersatz wäre mir Regierungsdirektor Dr.Fremerey erwünscht. Ich bitte um Mitteilung, ob und zu welchem Zeitpunkt Dr.Fremerey zur Verfügung gestellt werden kann.

H e i l H i t l e r !

gez. Frank.

2.) Wv. am 15.⁷³10.1943 bei mir.

Wiedervorgelegt am ~~15.10.43~~

15.12.43

Den Text des Antwortfernschreibens bitte an Herrn
v. Gregory telefonisch unter der Nr. 72562 durchgeben.

lul.

gelesen:



datum:

Prag, den 8. Mai 1944.

Klein

gelesen von

Prin Gregory 10.5.44

118-40/429

Prag, den 8. Mai 1944.

FS:

An

Promi

B e r l i n ,

zur Weiterleitung über Seehaus an
Seehaus Außenstelle Bukarest für
Deutsche Gesandtschaft Fräulein Kühn,
Sekretärin von Generalkonsul v. Gregory.

Generalkonsul v. Gregory bestellt seinen Wagen zum 12.5.
d.Js., 9.00 Uhr vormittags, Bahnhof Schaessburg.
Es muß neue Autofahrerlaubnis (Adewerinta) beim rumänischen
Außenministerium eingeholt werden.
Bestätigung mit Fernschreiben über Seehaus Berlin an das
Ministeramt Prag, Czernin-Palais, erbeten.

gez. G i e s ,

Ministeramt Prag.

staatsmin .prag

8.5.44

22.30 uhr

an pm

fernschreiben nr.18004

37

zur weiterleitung ueber seehaus an
seehaus aussenstelle bukarest fuer
deutsche gesandtschaft frauelein kuehn,
sekretaerin von generalkonsul v.gregory.

generalkonsul v. gregory bestellt seinen wagen zum 12.5.
d. js., 9.00 uhr vormittags, bahnhof schaessburg.
es muss ~~neue~~ autofahrerlaub nis (adewerinta) beim rumaenischen
ausenministerium eingeholt werden.

bestaetigung mit fernschreiben ueber seehaus berlin an das
ministeramt prag, czernin-palais , erbeten .

gez. g i e s
ministeramt prag.

pm bitte jetzt die wuitt und dan moeche ich rei haben x
nr 18001-18004 erh ka/pm++